

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2019

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Work-Life-Balance-Paket in Kraft.....	1
EU-Kommission: Finanzmittel für innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung vergeben.....	1
EU-Kommission: Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften über DAWI.....	1
EU-Kommission: Konsultation zur Europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen.....	1
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	2
Frankreich: Gesetz zur gewaltfreien Erziehung vom Senat angenommen	2
Frankreich: Reformen zur Elternzeit.....	2
Malta: Gesetz zum Schutz von Minderjährigen tritt in Kraft	2
Portugal erhöht Kindergeld	2
Kroatien: Dienstautos für Familienzentren	2
Weitere Nachrichten	3
Internationaler Tag der Jugend	3
UN: Neue Kampagne für die Rechte von Kindern mit Behinderungen	3
Eurobarometer-Umfrage: Hohe Zufriedenheit mit der EU.....	3
European Youth Forum: Programmpartner für das YO!Fest 2020 gesucht	4
Deutsch-Griechisches Jugendwerk gegründet	4
Berichte und Studien	4
EPIC veröffentlicht aktuelle Länderprofile zur Familienpolitik.....	4
AGJ: Positionspapier zu EU-Jugendstrategie 2019-2027	4
EU-Kommission: Kurzbericht zur Situation Alleinerziehender in der EU	5
Konferenzreport zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderung.....	5
EPIC: Kurzbericht über Elternzeitregelungen für nicht-traditionelle Familienformen.....	5
ESPN: Berichte über sozialpolitische Entwicklungen in Belgien, Tschechien, Spanien und Litauen	6
Bevorstehende Veranstaltungen.....	6

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Work-Life-Balance-Paket in Kraft

Nachdem das Work-Life-Balance-Paket am 12. Juli als Direktive 2019/1158 veröffentlicht wurde, ist diese am 01. August in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten haben nun drei Jahre Zeit, die neue EU-Gesetzgebung im nationalen Recht umzusetzen. Das Work-Life-Balance Paket soll die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen und enthält Neuerungen zu Elternzeit, Vaterschaftsurlaub, Pflegezeit und flexiblen Arbeitszeitarrangements (s. [EuropaNews 4/2019](#))

- [Die Direktive 2019/1158 auf Deutsch](#) 

EU-Kommission: Finanzmittel für innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung vergeben

20 Europäische Städte erhalten im Rahmen der 4. Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für innovative Maßnahmen der regionalen Stadtentwicklung insgesamt 80 Millionen Euro. Die EU-Finanzhilfen unterstützen die Städte bei Programmen in den Bereichen „Sicherheit in Städten“, „Digitaler Wandel“, „Nachhaltige Landnutzung und naturbasierte Lösungen“ und „Armut in den Städten“. Als einzige deutsche Stadt wird Landshut im Bereich „Armut in den Städten“ beim Projekt „Home and Care“ unterstützt, das besondere Gesundheits- und Kinderbetreuungsangebote für Ein-Eltern-Familien bietet. Die letzte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird im September 2019 veröffentlicht. Europäische Städte können sich zur Förderung von Maßnahmen in den Bereichen Kultur und kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft, Luftqualität und demografischer Wandel bewerben.

- [5. Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen](#) 

EU-Kommission: Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften über DAWI

Am 31. Juli hat die EU-Kommission eine Konsultation veröffentlicht, mit der sie zur Bewertung der aktualisierten Vorschriften über staatliche Subventionen für Gesundheits- und soziale Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) aufruft. Ziel der Überarbeitung dieser Vorschriften war es, die Finanzierung von Diensten zu unterstützen, die von entscheidender Bedeutung für die Gesellschaften und BürgerInnen der Mitgliedstaaten sind. Zur Bewertung aufgerufen sind neben der allgemeinen Öffentlichkeit vor allem AnbieterInnen dieser Dienstleistungen, Verbände und Forschungsorganisationen.

- [Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften über DAWI](#)

EU-Kommission: Konsultation zur Europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen

Die Europäische Kommission startete am 31. Juli eine Konsultation für die Evaluierung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung. Nach dem der Fahrplan für die Evaluierung fest steht, sind nun interessierte BürgerInnen und Organisationen aufgerufen, ihre Anregungen zur Gestaltung der Politik für Menschen mit Behinderungen beizutragen. Interessierte können bis zum 23. Oktober über einen Online-Fragebogen teilnehmen.

- [Konsultation zur Europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Gesetz zur gewaltfreien Erziehung vom Senat angenommen

Die französische Nationalversammlung hat im November vergangenen Jahres ein Gesetz zur gewaltfreien Erziehung beschlossen (s. [EuropaNews 11/2018](#)). Gewalt gegen Kinder war zwar in Frankreich bereits zuvor gesetzlich verboten, allerdings wurde erst mit dem neuen Gesetz das sogenannte elterliche „Recht auf Korrektur“ gestrichen, das Eltern „leichtere“ körperliche Gewaltformen wie zum Beispiel eine Ohrfeige zugestanden hatte. Das Gesetz, welches auch sogenannte „erzieherische Gewalt“ untersagt, wurde nun auch vom Senat angenommen und wird in Kürze in Kraft treten.

Frankreich: Reformen zur Elternzeit

In Frankreich sind zwei Reformen zur Elternzeit verabschiedet worden. Ein Beschluss verlängert den bezahlten Mutterschaftsurlaub für Selbstständige und in der Landwirtschaft Beschäftigte von zwei auf acht Wochen. Ein weiterer Beschluss regelt den Vaterschaftsurlaub für den Fall eines Krankenhausaufenthaltes des Neugeborenen direkt nach der Geburt. In diesen Fällen kann der Vaterschaftsurlaub zusätzlich zu den regulär gewährten elf Tagen um bis zu 30 Tage verlängert werden.

Malta: Gesetz zum Schutz von Minderjährigen tritt in Kraft

Das Ministerium für Familie, Kinderrechte und sozialen Zusammenhalt in Malta hatte ein neues Gesetz zum Schutz von Minderjährigen eingebracht, das nun in Kraft getreten ist. Es enthält neue Regelungen zur Entnahme von Kindern aus ihren Familien, wenn dort das Kindeswohl gefährdet ist. Die Besuchsrechte für betroffene Eltern werden darin ausgeweitet, gleichzeitig die Adoptionsmöglichkeiten für Pflegefamilien erleichtert. Richtschnur des staatlichen Handelns solle in allen Entscheidungen das Kindeswohl sein. Das Gesetz sieht außerdem die Einrichtung neuer therapeutischer Zentren für Kinder mit Lernschwierigkeiten und sozialen Schwierigkeiten vor. In Malta wurde außerdem ein neues Netzwerk maltesischer Kinderrechtsvereine gegründet. Das Netzwerk MaltaCAN schließt 13 Organisationen aus diesem Bereich zusammen und wird sich für Kinderrechte und Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder in Malta einsetzen.

Portugal erhöht Kindergeld

Das portugiesische Ministerium für Arbeit, Solidarität und soziale Sicherheit hat eine Erhöhung des Kindergeldes angekündigt. Dieses variiert in Portugal nach dem Einkommen der Eltern. Um besonders Familien mit Kleinkindern zu unterstützen, erhalten Eltern von Kindern bis zu drei Jahren künftig einkommensunabhängig den erhöhten Satz, der bisher nur im ersten Lebensjahr des Kindes gezahlt wird. Die Kindergeldsätze für Kinder zwischen vier und sechs Jahren waren bereits Anfang des Jahres für Familien aus den unteren Einkommensklassen erhöht worden. Diese werden mit dieser Reform erneut aufgestockt.

Kroatien: Dienstautos für Familienzentren

Gemeinsam mit UNICEF Kroatien hat das kroatische Ministerium für Familie, Jugend und Sozialpolitik in ländlich gelegenen Familienzentren Dienstautos zur Verfügung gestellt. Sie sollen Familien in entlegeneren Gegenden den

Zugang zu den sozialen Leistungen der Zentren ermöglichen. In den Familienzentren werden Präventions- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Psychologie, Logopädie, Sozialpädagogik und Familienrecht angeboten. Mit den Dienstwagen soll mobile Beratung und aufsuchende Arbeit ermöglicht werden. Nach Schätzungen des Ministeriums sollen damit durch die Arbeit der Familienzentren insgesamt 29.000 Kinder und 5500 Familien in Kroatien erreichen werden.

Weitere Nachrichten

Internationaler Tag der Jugend

Seit die UN den 12. August im Jahr 1999 zum Tag der Jugend ausgerufen hat, wird er jährlich an diesem Tag unter einem anderen Schwerpunktthema begangen. Das Thema in diesem Jahr war „Bildung neu gestalten“, womit vor allem die Gestaltung inklusiver Bildung gemeint war. Damit sollte auf das Anliegen aufmerksam gemacht werden, allen Jugendlichen weltweit Zugang zu guter Bildung zu verschaffen. Die Erklärung der EU-Kommission weist auf den Zusammenhang von Bildungschancen und der allgemeinen politischen Lage hin und mahnt an, den weltweiten Frieden auch als wichtigen Faktor für die Bildung zukünftiger Generationen zu betrachten.

- [Erklärung der EU-Kommission zum Internationalen Tag der Jugend 2019](#)

UN: Neue Kampagne für die Rechte von Kindern mit Behinderungen

Die UN-Sondergesandte für Behinderung und Zugänglichkeit hat eine Kampagne zum Schutz, Wohlergehen und zur Entwicklung von Mädchen, Jungen und Jugendlichen mit Behinderungen veröffentlicht. Die Kampagne soll mit zehn Prinzipien auf das allgemeine Recht auf Nichtdiskriminierung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen aufmerksam machen. Sie enthalten das Recht auf Anerkennung der Grundrechte und Menschenwürde, das Recht auf Gleichbehandlung, die Forderung nach individueller Förderung, die Unterstützung von Autonomie und die Förderung von Inklusion.

- [10 principles for my protection, well-being and development as a girl, boy or adolescent with disabilities](#)



Eurobarometer-Umfrage: Hohe Zufriedenheit mit der EU

Die aktuelle Eurobarometer Umfrage, die im Juni durchgeführt wurde, zeigt die höchste Zufriedenheit der BürgerInnen mit der EU seit dem Jahr 2014. Befragt wurden 27.464 Personen aus 28 Mitgliedstaaten. Das Vertrauen in die EU ist insgesamt höher als das in die nationalen Regierungen und Parlamente. Besonders die gemeinsame Währung erhält eine hohe Unterstützung von 76%. Die Zukunft der EU betreffend ist eine Mehrheit von 61% der EU-BürgerInnen zuversichtlich. Als größte Vorzüge der EU werden die Unionsbürgerschaft und die Freizügigkeit angesehen. Wichtige Anliegen bleiben wie in der letzten Umfrage aus 2018 der Klimawandel und die Zuwanderung nach Europa.

- [Zur Pressemitteilung der EU-Kommission über die Eurobarometer-Umfrage](#)

European Youth Forum: Programmpartner für das YO!Fest 2020 gesucht

Das jährliche Jugendfestival des European Youth Forums ist für das Jahr 2020 vom 29. bis zum 30. Mai in Straßburg geplant. 10.000 junge Menschen aus ganz Europa sollen zu dieser Gelegenheit zusammen kommen und sich über verschiedene Themen austauschen - YO steht für Youth Opinion. Zur Gestaltung des Programms sind nun Jugendorganisationen eingeladen, ihre Vorschläge für Angebote in Form verschiedener Programmformate einzureichen. Sie haben damit die Möglichkeit, für die Hauptthemen ihrer Arbeit Aufmerksamkeit zu erzielen, mit anderen jungen Menschen sowie EntscheidungsträgerInnen ins Gespräch zu kommen und sich mit anderen Jugendorganisationen aus Europa zu vernetzen. Bewerbungsfrist ist der 15. September 2019.

- [Zum Aufruf des European Youth Forum](#) 

Deutsch-Griechisches Jugendwerk gegründet

Die Rechtsgrundlage für den Aufbau eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks ist geschaffen. Es soll nach den Vorbildern des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks den Austausch zwischen jungen Menschen beider Länder fördern. Die internationale Begegnung soll dabei helfen, ein gegenseitiges Verständnis für verschiedene Lebensweisen zu stärken und Fremdenfeindlichkeit vorzubeugen. Im Vorfeld der Gründung wurden mit einem Sonderprogramm des Bundesjugendministeriums bereits 130 deutsch-griechische Begegnungen mit insgesamt ca. 4. 200 Teilnehmenden gefördert.

- [Zur Meldung des BMFSJ](#)

Berichte und Studien

EPIC veröffentlicht aktuelle Länderprofile zur Familienpolitik

Die European Platform for Investing in Children (EPIC) der Europäischen Union hat aktuelle Profile der Mitgliedstaaten zu ihren politischen Maßnahmen für Kinder und Familien erstellt. Neben den jüngsten familienpolitischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten enthalten diese Profile Beispiele für innovative Maßnahmen und Programme in einzelnen Staaten. Die Neuerungen werden mit sozioökonomischen Indikatoren von Eurostat in Beziehung gesetzt, um die Ausgangslage und den Bedarf in den einzelnen Ländern verständlich darzustellen.

- [Zur interaktiven Europakarte mit den Profilen der Mitgliedstaaten](#) 

AGJ: Positionspapier zu EU-Jugendstrategie 2019-2027

Die EU-Jugendstrategie für die Jahre 2019 bis 2027 wurde im vergangenen November vom Rat der EU verabschiedet und ist seit Januar diesen Jahres in Kraft. (s. [EuropaNews 11/2018](#)). Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat nun das Positionspapier „Umsetzung europäischer Jugendpolitik in Deutschland ab 2019 – Nach vorne schauen und Weiterentwicklung fördern!“, in dem sie die EU-Jugendstrategie mit Deutschland im Fokus untersucht. Dabei wird vor allem auf die Anforderungen verwiesen, die erfüllt werden

müssen, um die europäische Jugendpolitik in Deutschland erfolgreich umzusetzen.

- [Positionspapier „Umsetzung europäischer Jugendpolitik in Deutschland ab 2019 – Nach vorne schauen und Weiterentwicklung fördern!“](#) 

EU-Kommission: Kurzbericht zur Situation Alleinerziehender in der EU

Der Kurzbericht "Mechanisms supporting single parents across the European Union" trägt Ergebnisse verschiedener Erhebungen von Eurostat, Population Europe, der OECD und weiteren Studien zusammen. Zunächst wird die Situation Alleinerziehender im Europäischen Vergleich und im Geschlechtervergleich dargestellt. Obwohl die Situation nach Mitgliedstaaten und Geschlecht variiert, sind Alleinerziehende in der EU mit 47% insgesamt häufiger armutsgefährdet als Elternteile mit PartnerIn oder Kinderlose. Nach diesem Überblick werden beispielhaft einige Maßnahmen für Alleinerziehende in verschiedenen Mitgliedstaaten aufgeführt. So gebe es zum Beispiel in einigen Gemeinden Spaniens die Möglichkeit der Registrierung als Alleinerziehend als offizieller Personenstatus, was diesen Eltern Zugang zu bestimmten Vergünstigungen und Leistungen ermöglicht. Aus Irland, Schottland, Tschechien und Italien werden ein Angebot vorgestellt, die Alleinerziehende und potentielle Arbeitgeber zusammenführt und hilft, passgenaue Arbeitsstellen zu finden.

- [Mechanisms supporting single parents in Europe](#) 

Konferenzreport zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderung

Die Publikation dokumentiert die Diskussionen und Ergebnisse der Konferenz anlässlich des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderungen am 3. und 4. Dezember 2018. Die Konferenz wurde vom European Disability Forum und der Europäischen Kommission veranstaltet und fand in Brüssel statt. VertreterInnen von Organisationen, PolitikerInnen und ExpertInnen kamen zusammen, um zu diskutieren, wie das Leben von Menschen mit Behinderungen in Europa verbessert werden kann und welche Herausforderungen und Lösungsansätze bestehen. Dabei behandelten verschiedene Panels die politische Inklusionsstrategie der EU, die Erwartungen von Menschen mit Behinderungen, die Berücksichtigung im nächsten EU-Haushalt und weitere Themen.

- [European Day of Persons with Disabilities](#) 

EPIC: Kurzbericht über Elternzeitregelungen für nicht-traditionelle Familienformen

Die European Platform für Investing in Children hat einen Kurzbericht veröffentlicht, der die Regelungen zur Elternzeit für nicht-traditionelle Familienformen darstellt. Gemeint sind damit Familien mit Adoptiveltern, Patchwork-Familien und Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern. Demzufolge haben Familien mit Adoptiveltern in allen europäischen Staaten die gleichen Möglichkeiten zur Arbeitsunterbrechung und Arbeitszeitgestaltung wie traditionelle Eltern. Für Patchworkfamilien gestalte sich die Situation schwieriger. In den meisten Ländern könnten Elternzeitregelungen nur in Anspruch genommen werden, wenn ein legal geregeltes Verwandtschaftsverhältnis besteht. Auch bei Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern sei die Möglichkeit der Inanspruchnahme stark von der Möglichkeit einer legalen Formalisierung der Elternbeziehung in Form von Ehe oder Lebenspartnerschaft abhängig.

- [EPIC Kurzbericht über Elternzeitregelungen für nicht-traditionelle Familienformen](#) 

ESPN: Berichte über sozialpolitische Entwicklungen in Belgien, Tschechien, Spanien und Litauen

Das European Social Policy Network (ESPN) hat Kurzberichte über die Entwicklungen der Sozialpolitik in Belgien, Tschechien, Spanien und Litauen veröffentlicht. Für Belgien stehen neue Möglichkeiten gerichtlichen Vorgehens für Interessenvertretungen gefährdeter Gruppen im Fokus. In Tschechien seien zwei wohnungspolitische Maßnahmen zusammengeführt worden, um die Unterstützung effizienter zu gestalten. Spanien habe eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion gestartet. Für Litauen wird ein Gesetzesentwurf vorgestellt, der die steuerliche Begünstigung einkommensschwacher BürgerInnen zum Ziel hat.

- [ESPN: Berichte über sozialpolitische Entwicklungen in Belgien, Tschechien, Spanien und Litauen](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
26.-27. Sep 2019 Edinburgh, Schottland	Care Leavers: Integrated Care and Support	European Social Network
23. Sep 2019 Maastricht, Niederlande	MoveS seminar: Free movement of workers in the EU regions, and the EU region Meuse-Rhine in particular: Obstacles and best practices	Free Movement and Social Security Coordination
03.-04. Okt. 2019 Helsinki, Finnland	Shaping a healthy environment fit for children	COFACE Families Europe
17.-18. Okt. 2019 Stuttgart, Deutschland	Programmplanungstreffen YES Forum	YES Forum
15.-16. Nov. 2019 Rom, Italien	Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges	International Commission on Family and Couple Relations
20. Nov 2019 Paris, Frankreich	Building Resilience in Vulnerable Children	OECD

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und

Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend